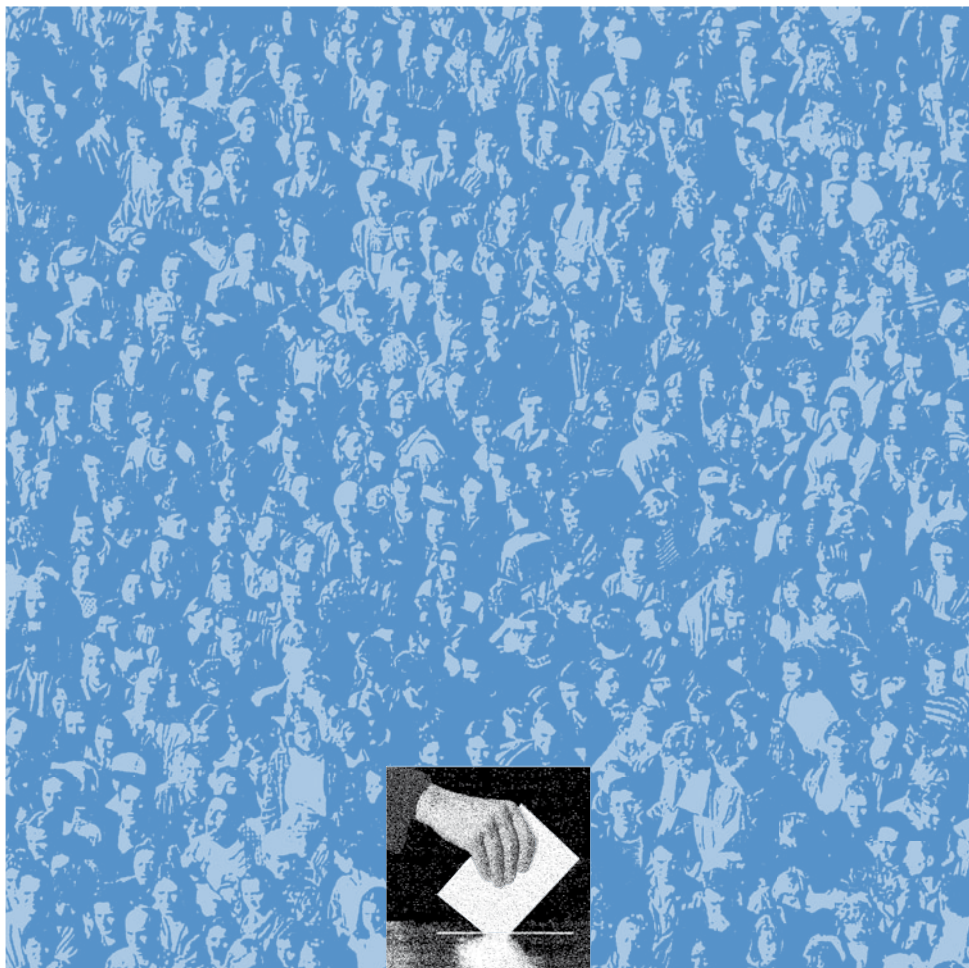


Nationalratswahlen 2003

Die Wählerinnen und Wähler unter der Lupe



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Neuchâtel, 2007

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1 Bevölkerung
- 2 Raum und Umwelt
- 3 Arbeit und Erwerb
- 4 Volkswirtschaft
- 5 Preise
- 6 Industrie und Dienstleistungen
- 7 Land- und Forstwirtschaft
- 8 Energie
- 9 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Verkehr und Nachrichtenwesen
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten
auf regionaler und internationale Ebene

Die Wählerinnen und Wähler unter der Lupe

Eine Analyse anhand der Befragungsdaten
der Schweizer Wahlstudie «SELECTS»

(Nationalratswahlen 1995–2003)

Redaktion Werner Seitz, BFS
Madeleine Schneider, BFS

Mitarbeit Eliane Fischer, Philipp Leimgruber,
Andrea Mosimann, Miriam Wetter

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

- Herausgeber:** Bundesamt für Statistik (BFS)
- Auskunft:** Werner Seitz, Madeleine Schneider, BFS, Tel. 032 713 65 85
E-Mail: werner.seitz@bfs.admin.ch, madeleine.schneider@bfs.admin.ch
- Realisierung:** Claude Maier, Danièle Riem-Wacker
- Vertrieb:** Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
- Bestellnummer:** 016-0303
- Preis:** Fr. 6.– (exkl. MWST)
- Reihe:** Statistik der Schweiz
- Fachbereich:** 17 Politik
- Originaltext:** Deutsch
- Titelgrafik:** Roland Hirter, Bern
- Grafik/Layout:** BFS
- Copyright:** BFS, Neuchâtel 2007
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
- ISBN:** 978-3-303-17032-8

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
1 Das Wahlergebnis 2003	8
2 Die Wahlbeteiligung	10
2.1 Die Wahlbeteiligung nach sozialen Merkmalen	10
2.2 Die Motive für die Wahlteilnahme	13
3 Der Parteientscheid	15
3.1 Wählerwanderungen	15
3.1.1 Stammwählerinnen und Stammwähler	15
3.1.2 Wechselwählerinnen und Wechselwähler	16
3.1.3 Erstwählerinnen und Erstwähler	17
3.1.4 Nichtwählerinnen und Nichtwähler	17
Exkurs: Die Wählerwanderung bei der SVP	17
3.2 Soziale Merkmale der Wählenden	18
3.2.1 Parteientscheid nach Konfessionszugehörigkeit	19
Exkurs: Der Wähleranteil der CVP in den verschiedenen Konfessionsgruppen	20
3.2.2 Parteientscheid nach absolvierter Bildung	21
Exkurs: Der Wähleranteil der SVP in den verschiedenen Bildungsschichten	22
3.2.3 Parteientscheid nach Haushaltseinkommen	23
Exkurs: Der Wähleranteil der FDP in den verschiedenen Haushalts- einkommensklassen	24
3.2.4 Parteientscheid nach sozialer Klasse	24
Exkurs: Der Wähleranteil der SPS in den verschiedenen sozialen Klassen	26

3.2.5 Parteientscheid nach Alter	27
3.3 Einstellungen der Wählenden zu politischen Problemen	28
3.3.1 Die wichtigsten politischen Probleme aus der Sicht der Wählenden	28
3.3.2 Einstellungen zu ausgewählten politischen Forderungen, nach Parteientscheid	31
Methodische Anmerkungen	34
Daten	34
Gewichtung	35
Hinweise zu besonderen Variablen	39
Bibliographie	41
Anhang	43

Parteien: Abkürzungsverzeichnis

FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
LPS	Liberale Partei der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP	Christlichsoziale Partei
PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
Sol.	Solidarität
FGA*	Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbezeichnung)
GPS*	Grüne Partei der Schweiz
SD	Schweizer Demokraten (1961–1990: Nationale Aktion)
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS	Freiheits-Partei der Schweiz (1985–1994: Schweizer Auto-Partei, AP)
Lega	Lega dei ticinesi
Übrige	Splittergruppen

* In dieser Publikation werden FGA und GPS zu «Grüne» zusammengefasst (siehe auch die methodischen Anmerkungen, unten, S. 39).

Zur Zuordnung der Wahllisten zu den Parteien siehe die Ausführungen weiter unten in den methodischen Anmerkungen sowie BFS 2003, S. 15 ff.

Einleitung

Die offiziellen Wahlergebnisse, differenziert nach Gemeinden, Bezirken und Kantonen, sind eine unerlässliche Quelle, um Veränderungen der Parteistärken in zeitlicher und regionaler Hinsicht festzustellen, zu analysieren und allenfalls zu erklären. Die subjektive Seite des Wahlgeschehens jedoch bleibt diesen Zahlen verborgen. Um beispielsweise Informationen über die Gründe zu erhalten, weshalb sich Wahlberechtigte an den Wahlen beteiligt haben oder weshalb sie eine bestimmte Partei gewählt haben, müssen Befragungen durchgeführt werden. In der Schweiz geschieht dies seit 1995 mit der wissenschaftlichen Wahlstudie «Swiss electoral studies („Selects”)», einem Forschungsverbund der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf, Lausanne und Zürich, des Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienstes für die Sozialwissenschaften (SIDOS), des Osservatorio della Vita Politica (OVP) und des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Die vorliegende Publikation analysiert mit einfachen Methoden die Daten der Selects-Befragungen der Nationalratswahlen und stellt die wichtigsten Resultate zusammen. Ausgehend von den Befragungsergebnissen der Nationalratswahlen 2003, welche im Zentrum der Analyse stehen, wird auch ein Blick auf die Ergebnisse der Wahlen von 1999 und 1995 geworfen und somit beispielsweise die Entwicklung der Wahlbeteiligung verschiedener sozialer Gruppen oder die Veränderung der Profile der Parteiwählerschaft nachgezeichnet.

Die Publikation gliedert sich in drei Kapitel. Im ersten Kapitel wird das Wahlergebnis 2003 rekapituliert und in den Wandel der Parteienlandschaft in der Schweiz eingebettet. Im zweiten Kapitel werden die Wahlbeteiligung nach sozialstatistischen Merkmalen sowie die Motive der Wählenden untersucht. Das dritte Kapitel widmet sich dem Hauptthema dieser Publikation, dem Parteientscheid. Dabei wird der Fokus zuerst auf die Wählerwanderung gerichtet, wobei etwa untersucht wird, wie gross

der Anteil der Wechselwählerinnen und Wechselwähler war, wohin «untreue» Wählende abgewandert sind und wie gut die einzelnen Parteien ihre früheren Wählenden als Stammwählerinnen und Stammwähler halten konnten. Anschliessend wird in zwei umfangreichen Unterkapiteln der statistische Zusammenhang zwischen einer Reihe von sozialen und politischen Merkmalen der Wählenden und ihrem Parteientscheid analysiert. Abgeschlossen wird die Analyse mit Erläuterungen zu den verwendeten Befragungsdaten, zur vorgenommenen Gewichtung der Daten sowie zu besonderen Variablen*.

Im Anhang finden sich, zu Nachschlagezwecken, umfangreiche Tabellen mit den Zahlen zu den Nationalratswahlen von 1995 bis 2003.

* Ein besonderer Dank geht an die Mitglieder der «Selects»-Kommission, insbesondere an Prof. Pascal Sciarini, Genf, Prof. Dominique Joye, Lausanne, und Dr. Peter Selb, Zürich, für ihre wertvollen Hinweise und Kommentare.

1 Das Wahlergebnis 2003

Hauptmerkmal der Nationalratswahlen 2003 war der weitere Vormarsch der SVP, die nun auch in allen Westschweizer Kantonen vertreten ist (vgl. BFS 2007). Sie steigerte gegenüber 1999 ihre Parteistärke um für schweizerische Verhältnisse massive 4,1 Prozentpunkte auf 26,7%. Die SVP ist damit klar die wählerstärkste Partei, mit über 3 Punkten Vorsprung auf die SPS, über 9 Punkten auf die FDP und gar mehr als 12 Punkten auf die CVP (siehe Texttabelle 1*).

Den Stimmengewinnen der SVP entsprechen die Stimmenverluste der beiden bürgerlichen Parteien FDP und CVP, welche mit 17,3% (FDP) bzw. 14,4% (CVP) ihre schlechtesten Wahlergebnisse seit den ersten Proporzahlen von 1919 erreichten. Ebenfalls Stimmen eingebüsst haben die kleinen Rechtsparteien (-2,1 Punkte). Da sich die Gewinne und Verluste der drei bürgerlichen Bundesratsparteien die Waage hielten, blieb deren gesamte Parteienstärke im Vergleich zu 1999 unverändert bei 58,4%. Die SVP übt nun aber klar die Hegemonie im bürgerlichen Lager aus und zieht dieses nach rechts.

Zweiter Wahlsieger neben der SVP waren die Grünen (GPS, FGA), die 2,7 Punkte zulegten und mit 8,0% wieder an ihr bisher bestes Wahlergebnis von 1987 herankamen. Eine leichte Steigerung ihrer Parteistärke von knapp 1 Punkt erfuhr die SPS, welche neu über eine Wählerstärke von 23,3% verfügt. SPS und Grüne erreichen nun zusammen eine Parteienstärke von 31,3%; werden noch die kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) dazu gezählt, beträgt die Stärke des links-grünen Lagers 32,5% (1999: 29,2%).

Die Umgruppierung des bürgerlichen Lagers nach rechts einerseits und die Stärkung des links-grünen Lagers andererseits führten zu einer weiteren Polarisierung des schweizerischen Parteiensystems.

1* Nationalratswahlen 1995–2003: Gesamtschweizerische Parteistärken ¹
(Wähleranteile in %)

Parteien	1995	1999	2003
FDP	20,2	19,9	17,3
CVP	16,8	15,9	14,4
SPS	21,8	22,5	23,3
SVP	14,9	22,5	26,7
LPS	2,7	2,3	2,2
LdU	1,8	0,7	
EVP	1,8	1,8	2,3
CSP	0,3	0,4	0,4
PdA	1,2	1,0	0,7
Sol.	0,3	0,5	0,5
FGA	1,5	0,3	0,5
GPS	5,0	5,0	7,4
SD	3,1	1,8	1,0
EDU	1,3	1,3	1,3
FPS	4,0	0,9	0,2
Lega	0,9	0,9	0,4
Übrige	2,4	2,4	1,6
Total	100	100	100

¹ Parteien mit mindestens 1 Mandat im Nationalrat. Siehe auch das Abkürzungsverzeichnis der Parteien, oben, S. 5.

Hinweis: Die Werte der einzelnen Parteien werden in dieser Tabelle auf 1 Stelle hinter dem Komma ausgewiesen. Da dies jedoch gerundete Werte sind, können sich bei Berechnungen auf der Basis der einzelnen Werte kleinere Rundungsdifferenzen ergeben.

Quelle: BFS

2 Die Wahlbeteiligung

Bei den Nationalratswahlen 2003 betrug die Wahlbeteiligung 45,2%; sie ist damit im Vergleich zu den letzten beiden Wahlen etwas angestiegen, stellt aber immer noch den drittschwächsten Wert seit der Einführung der Proporzwahlen von 1919 dar.

Mögliche Erklärungen für die – gegenüber anderen westeuropäischen Staaten – niedrige Wahlbeteiligung sind zum einen die Volksabstimmungen, welche der Bevölkerung vielfältige Möglichkeiten zu Sachentscheiden bieten, und zum andern die Tatsache, dass in der schweizerischen Konkordanz Wahlen nicht zu einem vollständigen Regierungswechsel führen. Nationale Wahlen bestimmen in der Schweiz also die Politik weniger direkt als in einer parlamentarischen Demokratie und mobilisieren deshalb weniger stark.

War bei früheren Nationalratswahlen die Wahlbeteiligung in der italienischsprachigen Schweiz deutlich höher als in der Deutschschweiz und in der Romandie, so waren die Beteiligungsquoten 2003 in allen drei grossen Sprachregionen ähnlich hoch (Deutschschweiz 44,8%, Romandie 46,1% und Tessin 48,1%; siehe dazu BFS 2007).

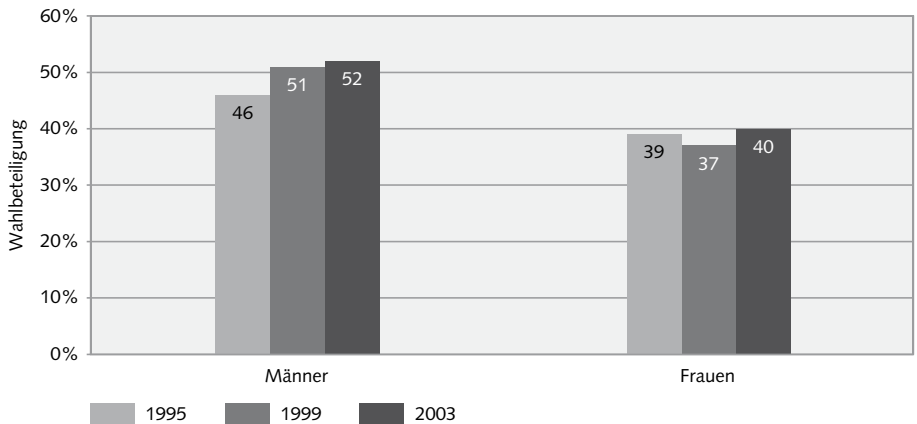
2.1 Die Wahlbeteiligung nach sozialen Merkmalen

Wenn nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten (die wiederum nur etwa zwei Drittel der gesamten Wohnbevölkerung ausmachen) an den Wahlen teilnimmt, stellt sich die Frage, ob die «Selbstselektion» der Wählerschaft einer systematischen Verzerrung unterliegt und ob dadurch bestimmte soziale Gruppen eine unterdurchschnittliche Beteiligungsquote aufweisen.

Aus Grafik G1 ist ersichtlich, dass Frauen seltener als Männer an den Wahlen teilnehmen. Der Trend zur Konvergenz der Wahlbeteiligung von Frauen und Männern, der seit der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1971 auf nationaler Ebene zu beobachten war, scheint sich nach 1999 bei den Wahlen vorläufig eingestellt zu haben; so betrug die Differenz zwischen der Frauen- und Männerbeteiligung 1995 7 Prozentpunkte, 1999 14 Punkte und 2003 12 Punkte (siehe auch Ballmer-Cao/Sgier 1998).

Nationalratswahlen 1995–2005: Wahlbeteiligung nach Geschlecht (Geschlecht = je 100%)

G 1



1995 N=7565, 1999 N=3254, 2003 N=5873

Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

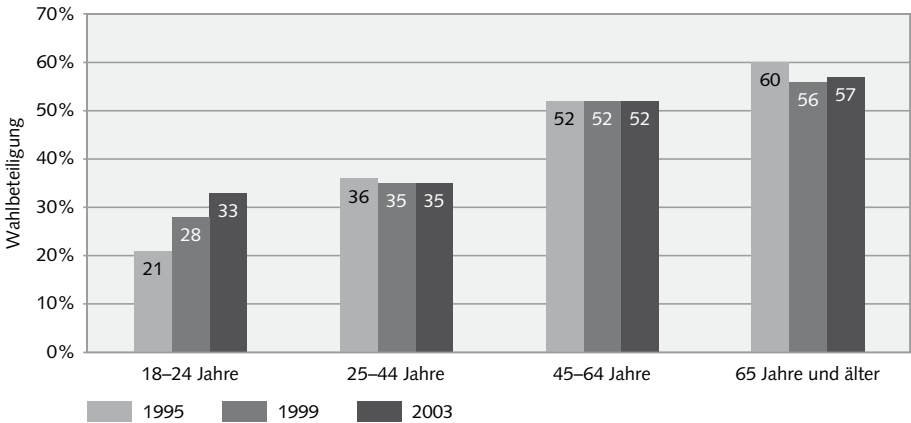
Betrachtet man die Beteiligungsquoten nach Altersgruppen, so fällt auf, dass diese mit zunehmendem Alter steigen. Die Wahlteilnahme der über 64-Jährigen ist teilweise mehr als doppelt so hoch wie die der 18–24-Jährigen (Grafik G2). Mitunter wird dies damit erklärt, dass die jüngeren Stimmbürgerinnen und Stimmbürger politisch schwächer integriert sind und weniger aus Traditionsbewusstsein oder Pflichtgefühl an Wahlen teilnehmen.

Bürgerinnen und Bürger mit niedriger Bildung (obligatorische Schule, Anlehre) beteiligen sich wesentlich seltener an den Wahlen als jene mit einem mittleren und vor allem mit einem hohen Bildungsabschluss (Matur, Fachhochschule, Universität).

Wie Grafik G3 zeigt, trifft Ähnliches auch auf das Haushaltseinkommen zu: Mit zunehmendem Einkommen steigt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme an. Ähnlich verhält es sich, wenn der soziale Status der Befragten betrachtet wird, wobei namentlich (nicht-qualifizierte wie qualifizierte) Arbeiter eine unterdurchschnittlich starke Beteiligung aufweisen.

Nationalratswahlen 1995–2003: Wahlbeteiligung nach Alter (Altersgruppe = je 100%)

G 2



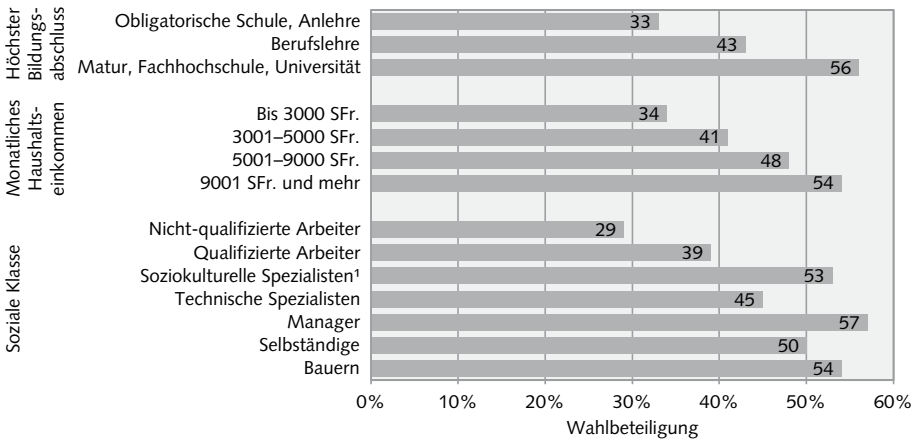
1995 N=7559, 1999 N=3253, 2003 N=5873

Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Nationalratswahlen 2003: Wahlbeteiligung nach sozialer Klasse, Haushaltseinkommen und Bildung (Bevölkerungsgruppe = je 100%)

G 3



¹ Soziokulturelle Spezialisten: Lehrerberufe, Berufe im Gesundheitswesen, in der Sozialarbeit und im Journalismus (siehe methodische Anmerkungen).

Höchster Bildungsabschluss N=5832, monatliches Haushaltseinkommen N=5076, soziale Klasse N=5212

Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Tabelle T1 im Anhang bestätigt, dass die Wahlbeteiligung eine systematische Verzerrung in Bezug auf soziale Merkmale aufweist und dass diese relativ zeitstabil ist: Männer, Ältere und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss und einem höheren Haushaltseinkommen gehen häufiger wählen als Frauen, Jüngere und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss und einem niedrigen Haushaltseinkommen.

2.2 Die Motive für die Wahlteilnahme

Als Hauptgrund für die Teilnahme an den eidgenössischen Wahlen wurde in der Selects-Nachbefragung am häufigsten die Möglichkeit des Mitbestimmens angegeben. Das Motiv «Tradition, Gewohnheit, Bürgerpflicht» folgte an zweiter Stelle wobei dieses Motiv an Terrain verliert. Die Unterstützung einer bestimmten Partei, einer bestimmten Kandidatur oder eines politischen Programms waren weniger wichtig. Ebenfalls nur von wenigen Partizipierenden wurde das politische Interesse als Hauptmotiv genannt. Die Reihenfolge der genannten Motive für die Wahlteilnahme hat sich seit 1995 kaum verändert (siehe Texttabelle 2*).

2* Nationalratswahlen 1995–2003: Wichtigster Grund für die Wahlteilnahme

Wahlmotiv	Anteil Nennungen (in %)		
	1995	1999	2003
Mitbestimmen in der Politik	35	38	39
Tradition, Gewohnheit, Bürgerpflicht	24	21	18
Unterstützung einer Partei, Kandidatur	16	13	13
Politisches Interesse	12	14	11
Unterstützung eines politischen Programms	7	8	9

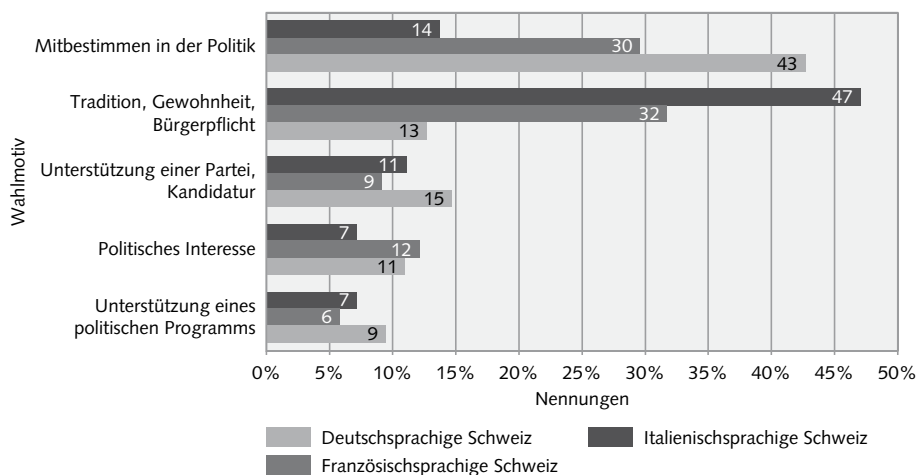
1995 N=4690, 1999 N=1990, 2003 N=3952

Quelle: Selects

Die Wahlmotive unterscheiden sich stark zwischen den Sprachregionen. Während in der Deutschschweiz «Mitbestimmen in der Politik» klar als Hauptgrund für die Wahlteilnahme genannt wurde und weniger das Traditionsbewusstsein und die Bürgerpflicht, verhielt es sich mit den Motiven der Wählenden in der lateinischen Schweiz anders. Wie Grafik G4 zeigt, wurden in der Romandie, knapp, und in der italienischsprachigen Schweiz, deutlich, «Traditionsbewusstsein und Bürgerpflicht» als wichtigstes Motiv für die Teilnahme an den Nationalratswahlen genannt (zu den Werten von 1995–2003 siehe auch Tabelle T2 im Anhang).

Nationalratswahlen 2003: Wichtigster Grund für die Wahlteilnahme, nach Sprachregion (Sprachregion = je 100%)

G 4



N=3952

Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3 Der Parteientscheid

Das folgende Kapitel widmet sich – in drei Unterkapiteln – dem Hauptthema dieser Publikation, dem Parteientscheid. Zuerst wird der Fokus auf die Wählerwanderung gerichtet, wobei untersucht wird, wie gross der Anteil der Wechselwählerinnen und Wechselwähler ist, wohin «untreue» Wählende abgewandert sind und wie gut die einzelnen Parteien ihre früheren Wählenden als Stammwählerinnen und Stammwähler halten konnten. Anschliessend wird in zwei umfangreichen Unterkapiteln der statistische Zusammenhang zwischen einer Reihe von sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen der Wählenden und ihrem Parteientscheid analysiert.

3.1 Wählerwanderungen

Bei Wählerwanderungen können vier Typen von Wählenden unterschieden werden: Stammwähler, Wechselwähler, Erstwähler und Nichtwähler. Stammwähler sind «treue» Wähler, Wechselwählerinnen und Wechselwähler sind dagegen Personen, die ihre Stimme bei den aktuellen Wahlen nicht mehr derselben Partei geben, wie bei den letzten Wahlen. 1995 bis 2003 waren rund ein Viertel bis knapp die Hälfte aller Wählenden Wechselwähler. Während Stamm- und Wechselwähler regelmässige Wähler sind, ist dies bei Nicht- und Erstwählern nicht der Fall, wobei Nichtwähler der Urne fern bleiben, während Erstwähler bei den vorangegangenen Wahlen das Stimmrechtsalter noch nicht erreicht hatten.

3.1.1 Stammwählerinnen und Stammwähler

Über die prozentual grösste Stammwählerschaft verfügt die SVP. Sie konnte bei den Wahlen 2003 74% ihrer Wählerinnen und Wähler des Jahres 1999 erneut für sich gewinnen (siehe Texttabelle 3*). Niedriger war die Stammwählerquote bei der FDP

und der SPS (je 57%). Eine mittlere Position betreffend die Stammwähler nehmen die CVP und die Grünen ein; sie waren von je zwei Dritteln ihrer Wählenden bereits vier Jahre zuvor schon gewählt worden.

Bereits bei den Wahlen 1999 wies die SVP den höchsten und die FDP den niedrigsten Anteil an Stammwählenden auf (zu den Werten von 1995–2003 siehe Tabelle T3 im Anhang).

3.1.2 Wechselwählerinnen und Wechselwähler

Die SPS verlor bei den Wahlen 2003 vor allem Wählende an die Grünen: 8% derjenigen, die ihre Stimme im Jahr 1999 der SPS gegeben hatten, wählten diesmal die Grünen. Aber auch der umgekehrte Wechsel fand statt: 12% der Befragten, die 1999 die Grünen gewählt hatten, entschieden sich im Jahr 2003 für die SPS. Dieser

3* Nationalratswahlen 2003: Wählerwanderungen

Entscheid 1999	Entscheid 2003							
	FDP	CVP	SPS	SVP	Grüne	Übrige	keine Wahlteilnahme	Total
FDP	57	4	2	14	2	1	21	100
CVP	2	65	3	6	1	1	22	100
SPS	2	1	57	3	8	2	26	100
SVP	1	1	1	74	0	5	17	100
Grüne	0	1	12	3	63	2	18	100
Übrige	4	4	9	7	4	46	26	100
Keine Wahlteilnahme	2	2	2	4	1	1	89	100
Nicht wahlberechtigt	6	2	6	4	5	6	71	100

N=4643

Lesebeispiel: Von denjenigen Wählenden, die sich 1999 für die FDP entschieden hatten, wählten 2003 57% wieder die FDP, 4% die CVP, 2% die SPS, 14% die SVP, 2% die Grünen und 1% eine der übrigen Parteien; 21% nahmen an den Wahlen 2003 nicht teil.

Quelle: Selects

starke Wähleraustausch spiegelt die ideologische Nähe der beiden Parteien. Einstige Wählerinnen und Wähler der FDP (14%) und der CVP (6%) wechselten dagegen vor allem zur SVP; ehemalige SVP-Wählende wechselten jedoch kaum zu FDP oder CVP.

3.1.3 Erstwählerinnen und Erstwähler

Bei den Nationalratswahlen 2003 hat sich der Wahlkörper im Vergleich zu 1999 namentlich um jene rund 272'000 Personen erneuert, die im Verlauf der letzten vier Jahre 18-jährig und damit wahlberechtigt wurden. Bei diesen mobilisierten FDP und SPS am besten (6%), gefolgt von den Grünen, der SVP und der CVP.

3.1.4 Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von rund 45% stellen die Nichtwählenden eine grosse Gruppe dar. Diese zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass sie sich kaum zur Beteiligung bewegen lassen. 2003 beteiligten sich gerade 11% der Nichtwähler von 1999; rund jeder Dritte von diesen wählte die SVP.

Exkurs: Die Wählerwanderung bei der SVP

Zwischen 1995 und 2003 steigerte die SVP ihre Parteistärke von 14,9% auf 26,7%. Es stellt sich natürlich die Frage, woher diese zusätzlichen Wählerinnen und Wähler stammen. Wie Texttabelle 4* zeigt, verdankt die SVP ihren Siegeszug zwei Sachverhalten: Einerseits vermochte sie ihre bisherigen Wählenden in steigendem Masse erneut wieder für sich zu mobilisieren (Stammwähler) und andererseits gewann sie in den vergangenen Jahren, ebenfalls in steigendem Masse, ehemalige FDP-Wählende für sich; sie punktete aber auch bei ehemaligen Wählenden der CVP und der kleineren Parteien (siehe dazu auch Tabelle T3 im Anhang).

4* Nationalratswahlen 1995–2003: Herkunft der Wählenden der SVP (Partei = je 100 %)

Entscheid bei den je vorherigen Wahlen	Entscheid im jeweiligen Wahljahr (Anteile in %)		
	SVP		
	1995	1999	2003
FDP	7	10	14
CVP	4	6	6
SPS	4	3	3
SVP	59	67	74
Grüne	1	0	3
Übrige	3	5	7
Keine Wahlteilnahme	1	3	4
Nicht wahlberechtigt	3	9	4

1995 N=5593, 1999 N=2463, 2003 N=4643

Lesebeispiel: Die SVP wurde 1995 von 7% der Wählenden, die ihre Stimme 1991 noch der FDP gegeben hatten, gewählt.

Quelle: Selects

3.2 Soziale Merkmale der Wählenden

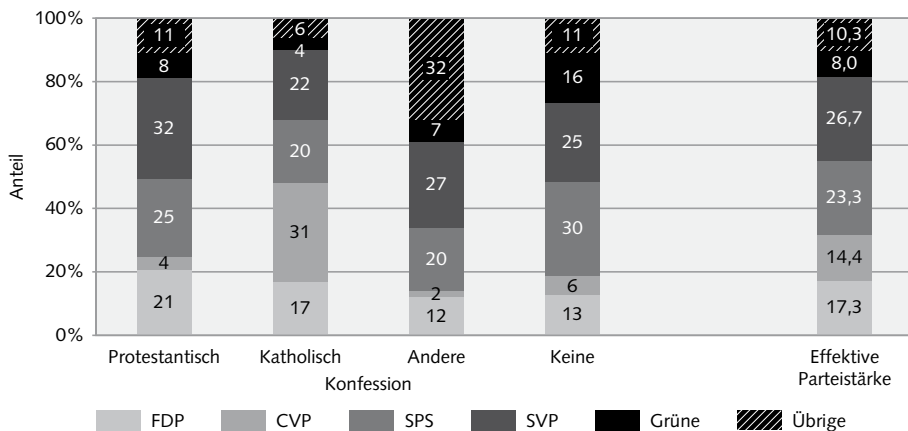
Angesichts der starken Veränderung der Wähleranteile der einzelnen Parteien sollen nun die Parteienanteile in den unterschiedlichen sozialen Gruppen genauer betrachtet werden, wobei namentlich auch interessiert, inwiefern sich diese verändert haben. In diesem Kapitel wird der Zusammenhang zwischen dem Parteientscheid und folgenden ausgewählten sozialen Merkmalen untersucht: Konfessionszugehörigkeit, höchste absolvierte Bildung, Haushaltseinkommen, soziale Klasse und Alter.

3.2.1 Parteientscheid nach Konfessionszugehörigkeit

Werden die Wählerprofile nach konfessionellen Gruppen analysiert, so kann hinsichtlich der meisten Parteien kein besonderer Zusammenhang festgestellt werden, ausgenommen bei der CVP, die immer noch einen überdurchschnittlich starken Rückhalt in der katholischen Wählerschaft aufweist. Dementsprechend sind die SVP, die FDP und die SPS bei den protestantischen Wählenden mehr oder weniger übervertreten (siehe Grafik G5).

Nationalratswahlen 2003: Parteientscheid nach Konfession (Konfessionsgruppe = je 100%)

G 5



N=3749

Lesebeispiel: Die FDP erreichte bei den Protestanten einen Anteil von 21 % und genoss folglich in dieser Konfessionsgruppe einen Rückhalt, der über ihrer effektiven Parteistärke von 17,3 % liegt.

Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

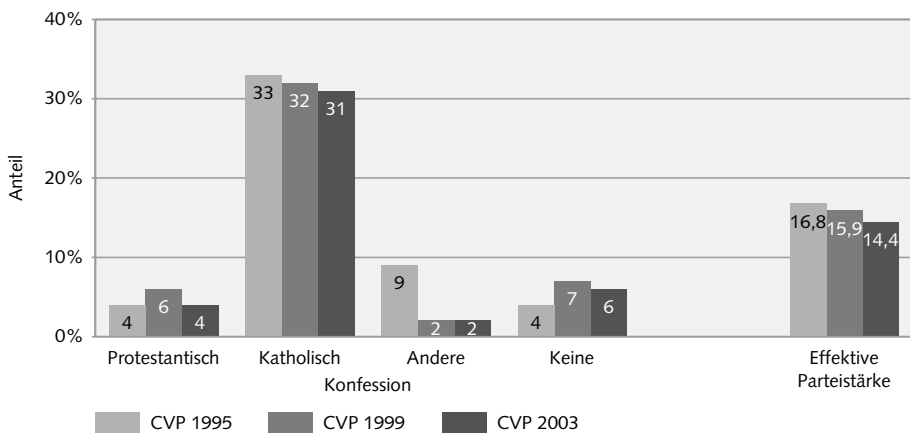
Wie die Tabellen T4 und T5 im Anhang zeigen, hat die SVP ihre Gewinne seit 1995 in sämtlichen Konfessionsgruppen getätigt, auch bei den Katholiken (von 11 % auf 22 %). Das Verankerungsmuster der SVP hat sich somit nicht verändert; die Katholiken machen weiterhin rund einen Drittel der SVP-Wählenden aus.

Exkurs: Der Wähleranteil der CVP in den verschiedenen Konfessionsgruppen

Auch bei den Nationalratswahlen 2003 wurde die CVP in katholischen Kreisen überdurchschnittlich häufig gewählt, während sie bei den protestantischen Wählenden erneut schwach abschnitt. Der Vergleich zwischen den Wahlen 1995, 1999 und 2003 zeigt, dass sich ihre Verankerung in den unterschiedlichen konfessionellen Gruppen kaum verändert hat und sie auch 2003 noch für knapp jeden dritten Katholiken Referenzpartei war (siehe Grafik G6; siehe auch Selb/Lachat, die darauf hinweisen, dass die CVP im protestantischen Lager besonders unter den *praktizierenden* Protestanten Wählerstimmen gewonnen hat; Selb/Lachat 2004, S. 21 f.).

Nationalratswahlen 1995–2003: Wähleranteil der CVP in den verschiedenen Konfessionsgruppen (Konfessionsgruppe = je 100%)

G 6



1995 N=712, 1999 N=295, 2003 N=540

Lesebeispiel: Von den Protestanten wählten 1995 4% die CVP.

Quellen: Selects, BFS

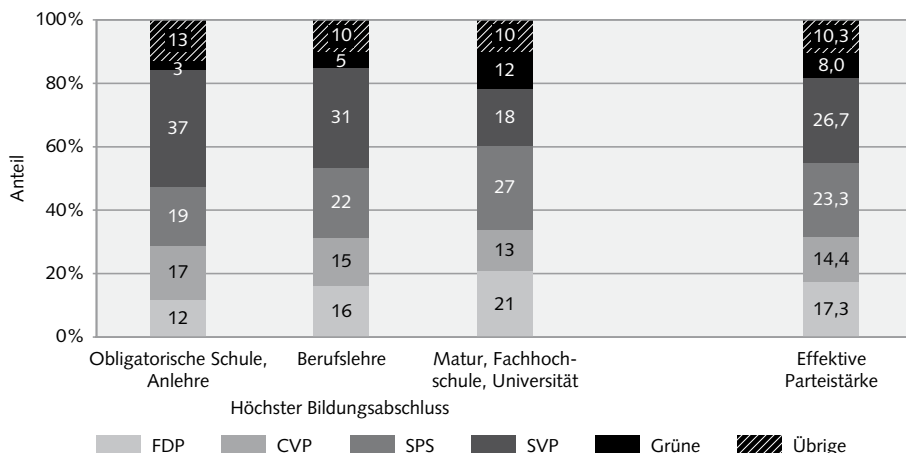
© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.2.2 Parteientscheid nach höchster absolvierter Bildung

Die Analyse des Parteientscheids nach höchster absolvierter Bildung zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, die SPS, die Grünen oder die FDP zu wählen, mit zunehmender formaler Bildung steigt. Im Jahr 2003 waren diese Parteien bei Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss überdurchschnittlich stark vertreten. Dagegen entschieden sich überdurchschnittlich viele Wählende mit einem mittleren oder niedrigen Bildungsabschluss für die SVP (siehe Grafik G7).

Nationalratswahlen 2003: Parteientscheid nach höchster absolvierter Bildung
(höchster Bildungsabschluss = je 100%)

G 7



N=3750

Lesebeispiel: Die FDP erreichte bei den Wählenden, deren höchster Bildungsabschluss die obligatorische Schule oder eine Anlehre ist, einen Anteil von 12% und genoss folglich in dieser Bildungsschicht einen Rückhalt, der unter ihrer effektiven Parteistärke von 17,3% liegt.

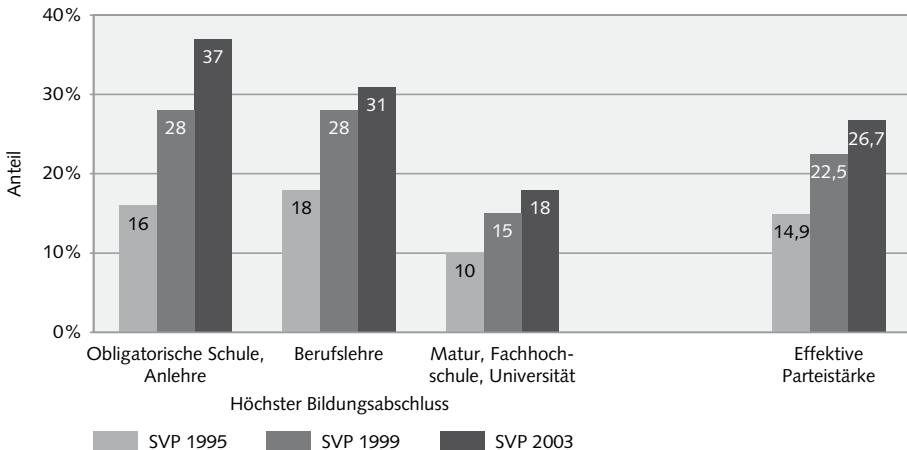
Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Exkurs: Der Wähleranteil der SVP in den verschiedenen Bildungsschichten

Wie ausgeführt, geniesst die SVP bei Wählenden mit niedriger und mittlerer formaler Bildung einen überdurchschnittlich starken Rückhalt. Grafik G8 zeigt nun aber auch, dass die SVP seit 1995 in allen Bildungsschichten zugelegt hat: Sie vermochte ihren Wähleranteil nicht nur bei den niedrigen und mittleren Bildungsschichten bis 2003 zu steigern (um 21 bzw. 13 Prozentpunkte), es gelang ihr auch in den höheren Bildungsschichten, Wählende zu gewinnen (+8 Punkte), wenn auch weniger ausgeprägt als in den niedrigen Bildungsschichten.

Nationalratswahlen 1995–2003: Wähleranteil der SVP in den verschiedenen Bildungsschichten (höchster Bildungsabschluss = je 100%) G 8



1995 N=628, 1999 N=418, 2003 N=1001

Lesebeispiel: Von den Wählenden mit niedriger Bildung (obligatorische Schule, Anlehre) wählten 1995 16% die SVP.

Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

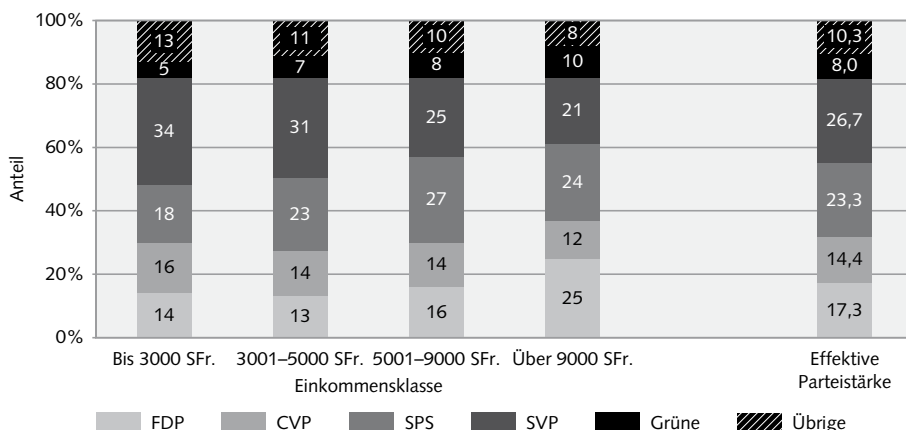
3.2.3 Parteientscheid nach Haushaltseinkommen

In den Bevölkerungsgruppen mit hohem Haushaltseinkommen schnitt 2003 vor allem die FDP überdurchschnittlich gut ab, während die SVP vor allem bei den unteren und mittleren Einkommensklassen vorne lag (siehe Grafik G9). Eher ausgewogen waren die Verteilungsmuster bei den anderen Parteien, wobei die Grünen und die SPS in den unteren Einkommensschichten etwas untervertreten und in den höheren und hohen Einkommensschichten übervertreten waren.

Wie die Tabellen T4 und T5 im Anhang zeigen, hat die SPS im Vergleich zu den Nationalratswahlen 1995 und 1999 bei den Personen mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 3000 Franken pro Monat an Unterstützung verloren und ist in dieser Einkommensklasse nun unterdurchschnittlich vertreten. Sie steigerte dagegen ihren Wähleranteil in den mittleren und oberen Einkommensklassen.

Nationalratswahlen 2003: Parteientscheid nach Haushaltseinkommen
(Einkommensklasse = je 100%)

G 9



N=3340

Lesbeispiel: Die FDP erreichte bei den Wählenden mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von weniger als 3'000 SFr. einen Anteil von 14% und genoss folglich in dieser Einkommensklasse einen Rückhalt, der unter ihrer effektiven Parteistärke von 17,3% liegt.

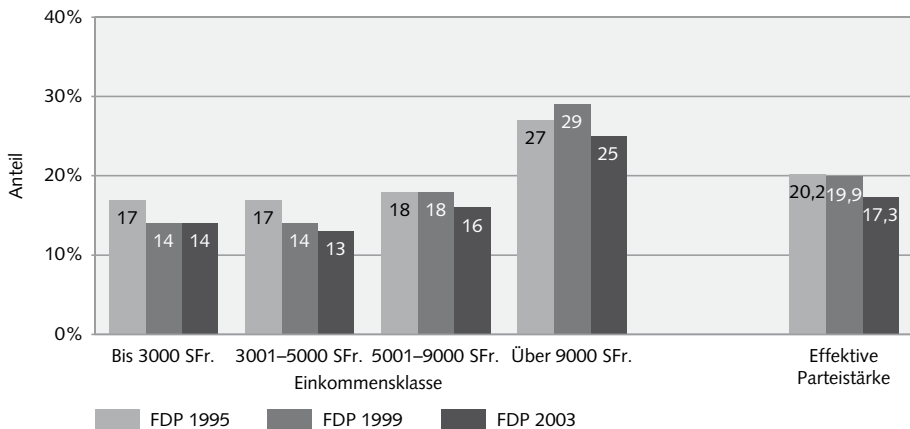
Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Exkurs: Der Wähleranteil der FDP in den verschiedenen Haushaltseinkommensklassen

Die FDP erzielte 2003 in der Gruppe mit einem Haushaltseinkommen von mehr als 9000 Franken pro Monat einen Wähleranteil von 25% und schnitt damit in dieser Gruppe deutlich besser ab als in den anderen Einkommensgruppen. Wie Grafik G10 zeigt, hat sich das Verankerungsmuster der FDP trotz Stimmenverlusten nicht verändert; die Verluste erfolgten also nicht in einigen bestimmten Einkommensklassen, sondern waren gewissermassen gleichmässig verteilt.

Nationalratswahlen 1995–2003: Wähleranteile der FDP in den verschiedenen Haushaltseinkommensklassen (Einkommensklasse = je 100%) G 10



1995 N=758, 1999 N=320, 2003 N=578

Lesebeispiel: Von den Wählenden mit niedrigem Einkommen (bis 3000 SFr.) wählten 1995 17% die FDP.

Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.2.4 Parteientscheid nach sozialer Klasse

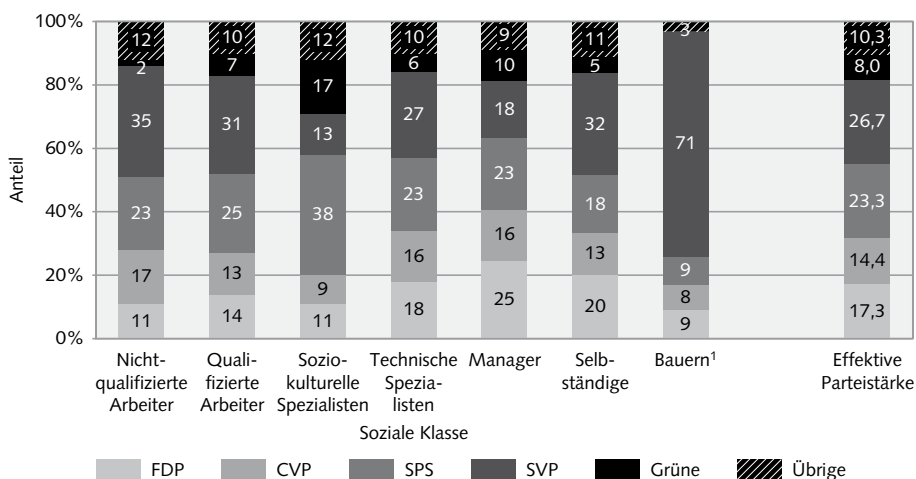
Hinsichtlich der Verankerung der Parteien in den verschiedenen sozialen Klassen bestehen deutliche Unterschiede (zur Definition der sozialen Klassen siehe Kriesi 1998 sowie die methodischen Anmerkungen). So erreichten bei den Wahlen 2003 SPS und Grüne

bei den soziokulturellen Spezialisten – dazu zählen Angehörige der Lehrerberufe sowie der Berufe im Gesundheitswesen, in der Sozialarbeit und im Journalismus – Wähleranteile von 38% (SPS) bzw. 17% (Grüne), was deutlich über ihren effektiven Partei-stärken von 23,3% bzw. 8% liegt (siehe Grafik G11).

Die SVP erreichte bei den Bauern einen Wähleranteil, der mehr als doppelt so hoch war als ihre effektive Parteistärke; überdurchschnittlich stark war ihre Verankerung auch bei den (qualifizierten und nicht-qualifizierten) Arbeitern. Den geringsten Rückhalt genoss die SVP dagegen bei den soziokulturellen Spezialisten. Wie Tabelle T4 im Anhang zeigt, konnte die SVP ihren Anteil bei den nicht-qualifizierten Arbeitern von 12% auf 35% steigern.

Nationalratswahlen 2003: Parteientscheid nach sozialer Klasse (soziale Klasse = je 100%)

G 11



N=3361

¹ Aufgrund der geringen Stichprobengrösse sind die Angaben zu den Bauern zurückhaltend zu interpretieren.

Lesebeispiel: Die FDP erreichte bei den Bauern, die sich an der Wahl beteiligten, einen Anteil von 9% und genoss folglich in dieser sozialen Klasse einen Rückhalt, der unter ihrer effektiven Parteistärke von 17,3% liegt.

Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

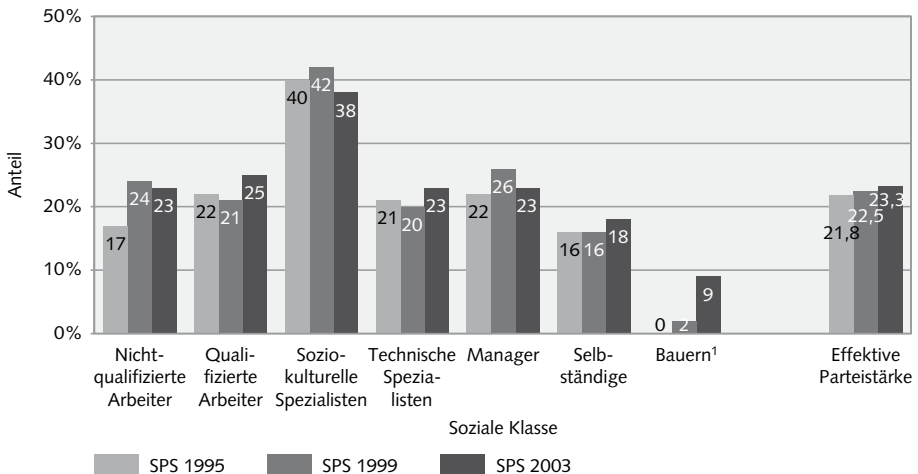
Bei FDP und CVP waren die Verankerungsmuster ausgewogener als bei SPS, den Grünen und der SVP. Immerhin waren FDP und CVP bei den soziokulturellen Spezialisten unterdurchschnittlich vertreten, während vor allem die FDP bei den Managern ihre Spitzenposition behalten konnte (25%).

Exkurs: Der Wähleranteil der SPS in den verschiedenen sozialen Klassen

Bereits seit 1995 genießt die SPS einen überdurchschnittlichen Rückhalt bei den soziokulturellen Spezialisten. Bei den Managern, den technischen Spezialisten sowie den (qualifizierten und nicht-qualifizierten) Arbeitern erreichte sie 2003 Wähleranteile, die in etwa ihrer effektiven Parteistärke von 23,3% entsprechen. Unterdurchschnittlich war dagegen die Verankerung der SPS bei den Bauern und den Selbstständigen (siehe Grafik G12).

Nationalratswahlen 1995–2003: Wähleranteile der SPS in den verschiedenen sozialen Klassen (soziale Klasse = je 100%)

G 12



1995 N=812, 1999 N=378, 2003 N=814

¹ Aufgrund der geringen Stichprobengröße sind die Angaben zu den Bauern zurückhaltend zu interpretieren.

Lesebeispiel: Von den nicht-qualifizierten Arbeitern wählten 1995 17% die SPS.

Quellen: Selects, BFS

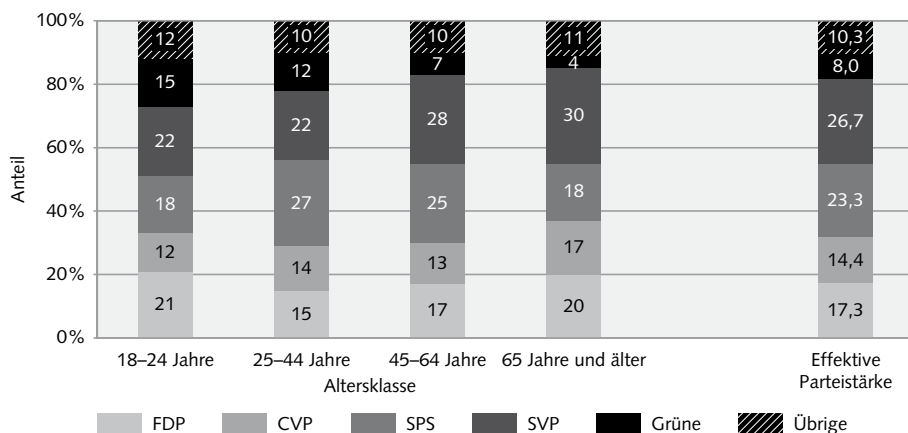
© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.2.5 Parteientscheid nach Alter

Die Gliederung der Wähleranteile nach Altersklasse zeigt keine grossen parteipolitischen Unterschiede. Grüne und FDP waren 2003 unter den jungen Wählern relativ am erfolgreichsten: Die Grünen erreichten bei den 18–24-Jährigen und den 25–44-Jährigen einen Wähleranteil von 15% bzw. 12%, was über ihrer effektiven Parteistärke von 8% liegt (siehe Grafik G13). Die FDP verzeichnete bei der jüngsten Altersgruppe immerhin einen Anteil von 21%. Dagegen hatte die SPS 2003 in den beiden mittleren Altersklassen die stärkste Unterstützung, während sie in den Gruppen mit den jüngsten sowie den ältesten Wählenden im Vergleich zu ihrer effektiven Parteistärke schwächer abschnitt. In der Altersklasse der über 64-Jährigen schliesslich war 2003 der Rückhalt von SVP, FDP und CVP überdurchschnittlich gross (siehe auch Tabelle T4 im Anhang).

Nationalratswahlen 2003: Parteientscheid nach Alter (Altersklasse = je 100%)

G 13



N=3771

Lesebeispiel: Die FDP erreichte bei den Wählenden zwischen 18 und 24 Jahren einen Anteil von 21% und genoss folglich in dieser Altersgruppe einen Rückhalt, der über ihrer effektiven Parteistärke von 17,3% liegt.

Quellen: Selects, BFS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.3 Einstellungen der Wählenden zu politischen Problemen

Der Entscheid für eine bestimmte Partei kann nicht nur mit sozialen Merkmalen der Wählenden erklärt werden, sondern auch mit den Orientierungen der Wählenden und mit deren Haltung zu verschiedenen politischen Forderungen. Diese sollen abschliessend – nach einer Darstellung der wichtigsten politischen Probleme bei den Nationalratswahlen von 1995 bis 2003 – vertieft werden.

3.3.1 Die wichtigsten politischen Probleme aus der Sicht der Wählenden

Aus Sicht der Wählenden waren 2003 die vier wichtigsten politischen Probleme «Einwanderung und Integration», «soziale Sicherheit», «Gesundheitspolitik» sowie «Arbeitsmarkt und Wirtschaft»; sie rangierten für je 16–20% der Wählenden an erster Stelle. Diesen vier Spitzenreitern folgte mit beträchtlichem Abstand der Themenbereich «Steuern und Finanzen», den noch rund 8% der Wählenden als dringendstes politisches Problem der Schweiz identifizierten.

Wie Texttabelle 5* zeigt, hat im Verlaufe der letzten Jahre insbesondere das Thema «europäische Integration» für die Wählenden an Bedeutung verloren. War es 1995 noch das am zweithäufigsten genannte Problem, fiel es 1999 auf den dritten

5* Nationalratswahlen 1995–2003: Wichtigste politische Probleme aus der Sicht der Wählenden

Problem	Anteil Nennungen (in %)		
	1995	1999	2003
Einwanderung und Integration	8	33	20
Soziale Sicherheit	5	8	20
Gesundheitspolitik	3	6	16
Arbeitsmarkt und Wirtschaft	31	17	17
Steuern und Finanzen	16	8	8
Europäische Integration	17	15	3

1995 N=4532, 1999 N=1963, 2003 N=3532

Lesebeispiel: «Einwanderung und Integration» wurde 1995 von 8% der Befragten, die an der Wahl teilgenommen haben, als wichtigstes Problem der Schweiz bezeichnet.

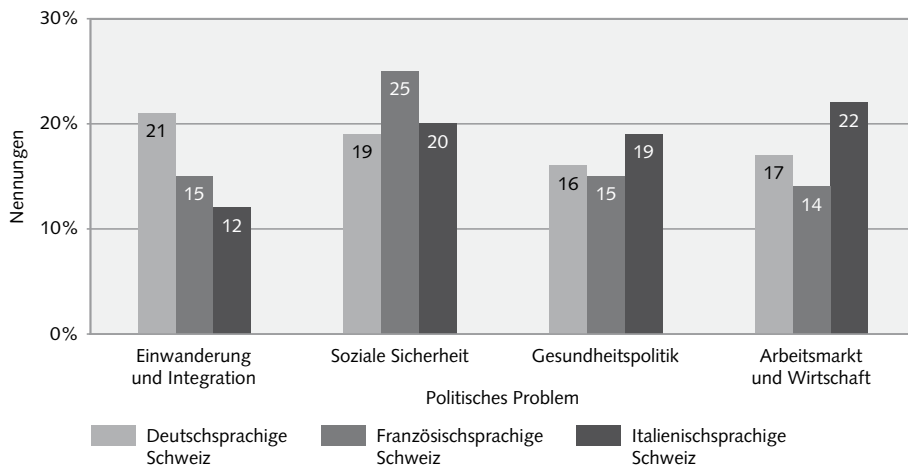
Quelle: Selects

Platz zurück und lag 2003 nur noch auf Rang 6. Diese Veränderung dürfte damit zusammenhängen, dass mit dem eingeschlagenen bilateralen Weg, der durch die Annahme der bilateralen Verträge in einer Volksabstimmung (2000) bestätigt wurde, die Europafrage etwas entschärft wurde. Die Themen «Umwelt» sowie «Steuern und Finanzen» und «Arbeitsmarkt und Wirtschaft» haben aus Sicht der Wählenden gegenüber 1995 ebenfalls an Wichtigkeit verloren. Im Gegensatz dazu gewannen «Gesundheitspolitik» und «soziale Sicherheit» an Brisanz.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Problemwahrnehmung in den drei grossen Sprachregionen der Schweiz. Wie Grafik G14 zeigt, war in der Deutschschweiz das meistgenannte Problem «Einwanderung und Integration», während in der Romandie «soziale Sicherheit» und in der italienischen Schweiz «Arbeitsmarkt und Wirtschaft» als brennendste Themen angesehen wurden (siehe dazu Tabelle T7 im Anhang).

Nationalratswahlen 2003: Wichtigste politische Probleme aus Sicht der Wählenden, nach Sprachregion (Wählende pro Sprachregion = je 100%)

G 14



N=3532

Lesebeispiel: «Einwanderung und Integration» wurde in der deutschsprachigen Schweiz von 21% der Wählenden als dringendstes politisches Problem betrachtet.

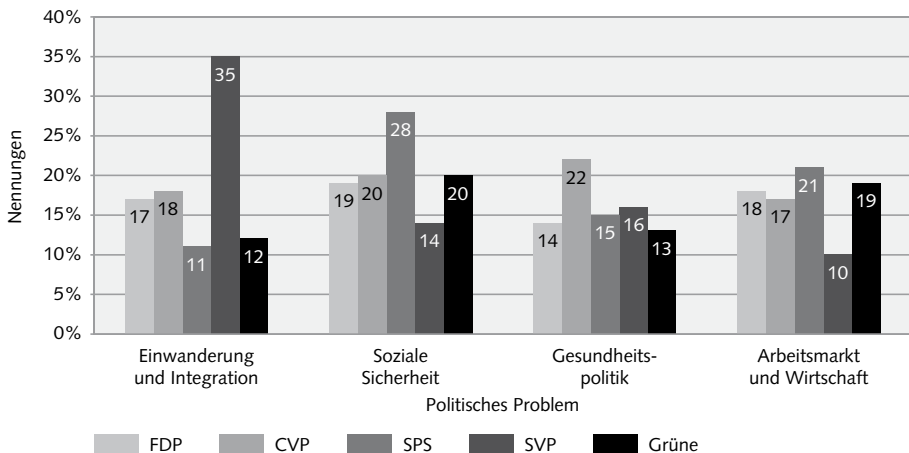
Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Werden die genannten Themen mit dem jeweiligen **Parteientscheid** in Verbindung gesetzt, widerspiegeln sich darin unterschiedliche parteipolitische Einschätzungen bzw. die Themenführerschaft einzelner Parteien. Dies zeigt sich exemplarisch beim Thema «Einwanderung und Integration»: 35% der SVP-Wählenden nannten dies in Übereinstimmung mit dem SVP-Parteiprogramm als wichtigstes Problem, während es bei der übrigen Wählerschaft bei weniger als 20% der Fall war. Dagegen nannten die SPS-Wählenden das Thema «soziale Sicherheit» am häufigsten (28%); die Wählenden der CVP und der Grünen nannten es zu 20% (siehe auch Tabelle T6 im Anhang).

Nationalratswahlen 2003: Wichtigste politische Probleme aus Sicht der Wählenden, nach Partei (Wählende pro Partei = je 100%)

G 15



N=3532

Lesebeispiel: «Einwanderung und Integration» wurde von 17% der FDP-Wählenden als dringendstes politisches Problem betrachtet.

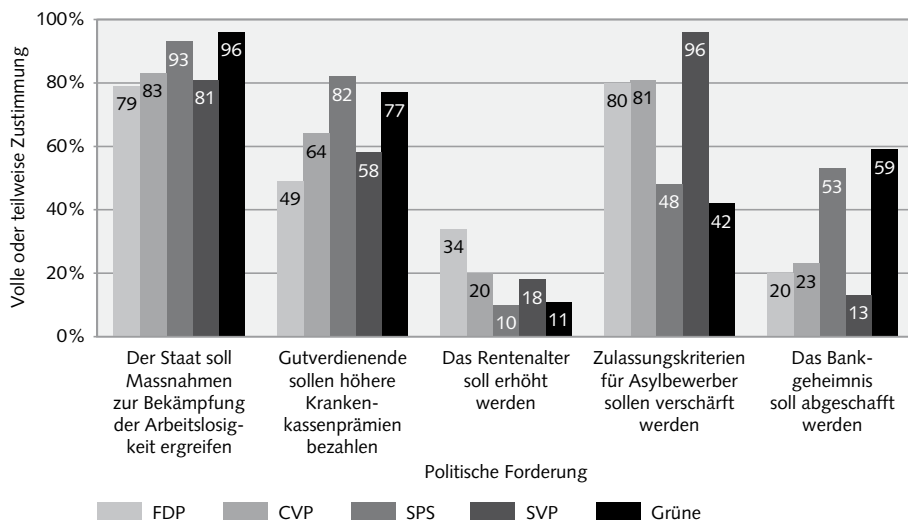
Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.3.2 Einstellungen zu ausgewählten politischen Forderungen, nach Parteientscheid

Neben der Priorisierung der politischen Probleme nach Wichtigkeit konnten sich die Teilnehmenden in der Nachbefragung zu den Wahlen 2003 auch zu verschiedenen aktuellen Sachfragen äussern und ihre Zustimmung oder Ablehnung kundtun (siehe dazu die Grafiken G16a und G16b). Grafik G16a zeigt, dass sich die Wählenden aller Parteien in Bezug auf staatliche Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehend einig waren. Bei allen Parteien befürworteten mindestens 79% Massnahmen in diesem Bereich. Eine insgesamt geringe Zustimmung fand die Forderung nach Erhöhung des Rentenalters, wobei sich zwischen den Wählenden der verschiedenen Parteien doch deutliche Unterschiede zeigten. So war die Zustimmung bei den Wählenden der FDP mit 34% mehr als dreimal so hoch wie bei den Wählenden der SPS und der Grünen.

Nationalratswahlen 2003: Zustimmung zu ausgewählten politischen Forderungen (1–5), nach Parteientscheid (Wählende pro Partei = je 100%) G 16a



N= 3568 bis 3674, je nach Frage

Lesebeispiel: Der Forderung «der Staat soll Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreifen» stimmten 79% der FDP-Wählenden zu.

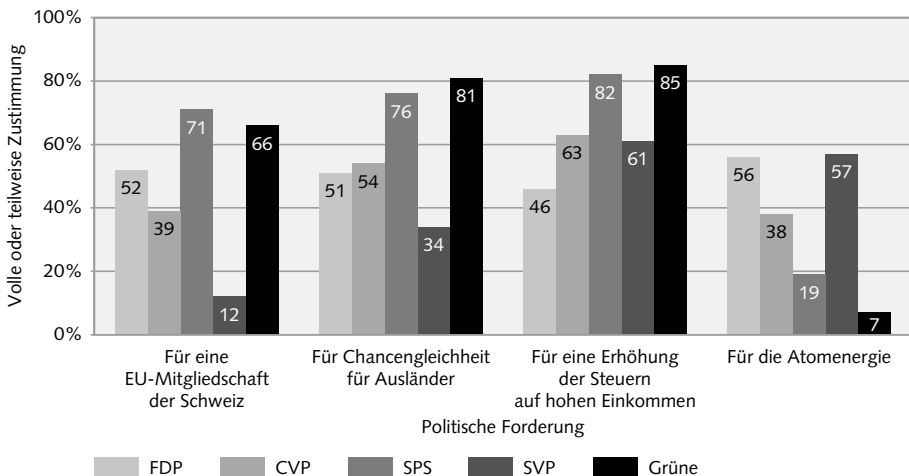
Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Wie Grafik G16b zeigt, wurde auch eine Erhöhung der Steuern für die hohen Einkommen nicht nur von den Wählenden aus dem links-grünen Lager befürwortet, sondern auch von der Mehrheit der CVP- und SVP-Wählerschaft. Nur diejenigen Befragten, die die FDP gewählt hatten, blieben unter der 50%-Marke.

Klare Differenzen zwischen den linken und rechten Parteien finden sich bei den übrigen Sachfragen. Interessanterweise wurden aber einige Forderungen auch von einem ansehnlichen Teil der Wählenden derjenigen Parteien unterstützt, die sich eigentlich gegen diese einsetzen. Beispielsweise wurde der Ruf nach höheren Krankenkassenprämien für Gutverdienende zwar klar von den Wählenden der SPS und der Grünen unterstützt, fand aber auch bei den Wählenden der bürgerlichen Parteien insgesamt eine knappe Mehrheit (FDP: 49%, CVP: 64%, SVP: 58%). Am stärksten

Nationalratswahlen 2003: Zustimmung zu ausgewählten politischen Forderungen (6–9), nach Parteientscheid (Wählende pro Partei = je 100%) G 16b



N= 3577 bis 3651, je nach Frage

Lesebeispiel: Der Forderung «für eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz» stimmten 52% der FDP-Wählenden zu.

Quelle: Selects

© Bundesamt für Statistik (BFS)

trat die Polarisierung zwischen links-grünem und bürgerlichem Lager bei der Frage der Zulassungskriterien für Asylsuchende zutage. Praktisch einhellig befürworteten die SVP-Wählenden eine Verschärfung der Praxis im Asylbereich, bei FDP und CVP waren es vier Fünftel, die zustimmten. Bei den Wählenden der SPS und der Grünen dagegen fand diese politische Forderung eine Unterstützung von 48% bzw. 42%.

Kontrastreich präsentieren sich die Ergebnisse zum EU-Beitritt der Schweiz. Erwartungsgemäss niedrig fiel die Zustimmung der SVP-Wählenden aus. Bei den beiden anderen bürgerlichen Bundesratsparteien war die Zustimmung zu einem EU-Beitritt höher (FDP: 52%, CVP: 39%). Im links-grünen Lager wurden dagegen solide Mehrheiten für einen EU-Beitritt erhoben.

Methodische Anmerkungen

Daten

Die in dieser Publikation verwendeten Befragungsdaten wurden im Rahmen der Schweizer Wahlstudien Selects 1995, 1999 und 2003 mittels computerunterstützter Telefoninterviews (CATI) erhoben. Die Grundgesamtheit bildeten dabei alle in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten mit einem festen Telefonanschluss.

Vorgabe der Stichprobenziehung war jeweils eine nationale Stichprobe mit einem Nettoumfang von 2000 Befragten. Darüber hinaus sollte das Stichprobendesign die analytische Berücksichtigung der grossen Bandbreite von Wahl- und Parteiensystemen sowie politischen Kulturen innerhalb der Schweiz als potentielle Einflussfaktoren des individuellen Wahlverhaltens ermöglichen. 1995 wurden daher die nationalen Stichprobenanteile der Kantone Luzern, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Wallis und Genf auf jeweils 600 Befragte, die der Kantone Zürich, Bern und Waadt auf je 800 Befragte aufgestockt. 1999 wurden kantonale Aufstockungen auf jeweils 600 Befragte für Zürich, das Tessin und Genf vorgenommen. 2003 waren es je 600 Befragte für die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Waadt und Genf. Zusätzlich sollte 2003 durch die Stichprobenziehung auch für kleine Kantone ein Minimum von 30 Befragten gewährleistet werden. Der Verteilung der Wahlberechtigten auf die Kantone entsprechend ergeben sich aus diesen Vorgaben Gesamtzahlen von 7561 Befragten für 1995, von 3258 Befragten für 1999 und von 5891 Befragten für 2003.

Sämtliche ausführlich dokumentierten Selects-Daten sind über den Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften SIDOS öffentlich zugänglich (www.sidos.ch).

Gewichtung

In der hier präsentierten Analyse wurden die Befragungsdaten in mehrfacher Hinsicht gewichtet: Erstens, um für die oben beschriebene, kantonale geschichtete Stichprobenziehung zu kompensieren und so Aussagen auf der nationalen Ebene zu ermöglichen. Zweitens wurde die Verteilung der Befragten bezüglich ihrer Wahlteilnahme und ihres Parteientscheids in der Stichprobe den offiziellen Wahlergebnissen angepasst.

Gewichtung nach Kantonen

Texttabelle 6a* gibt die Verteilung der Befragten der drei Selects-Querschnittsbefragungen 1995, 1999 und 2003 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten (gemäss Bundesamt für Statistik), und die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich dabei als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) und des Anteils der Befragten in der Stichprobe (Sample), der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / \text{Sample}_k$. Dieses Gewicht stellt ex post gleiche Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Gewichtung nach Beteiligung

Während das kantonale Gewicht die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Der Anteil derer, die bei den Befragungen angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben, ist nämlich jeweils wesentlich höher als die offizielle Beteiligung an den betreffenden Wahlen: Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1995 bis 2003 zwischen 42–45% lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 62–68%! Dieses als Overreporting bekannte Phänomen hat vermutlich unterschiedliche Ursachen. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es aber auch sehr plausibel zu vermuten, dass diejenigen, die sich tatsächlich an der Wahl beteiligt haben, in den Stichproben von Wahlbefragungen

6a* Kantonsgewichtung: Verteilung der Befragten in der Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit, nach Kantonen

Kantone	1995			1999			2003		
	Sample	GG	W _k	Sample	GG	W _k	Sample	GG	W _k
Zürich	10,7	16,8	1,6	18,8	16,9	0,9	10,8	16,8	1,6
Bern	10,6	14,7	1,4	8,2	14,6	1,8	9,5	14,5	1,5
Luzern	7,8	5,0	0,6	3,0	5,0	1,7	10,4	5,0	0,5
Uri	0,1	0,6	6,5	0,3	0,5	1,5	0,5	0,5	1,1
Schwyz	0,4	1,7	4,4	1,3	1,8	1,4	0,6	1,8	2,9
Obwalden	0,1	0,5	9,5	¹	¹	¹	0,6	0,5	0,9
Nidwalden	0,2	0,6	3,2	0,5	0,6	1,2	0,6	0,6	1,0
Glarus	7,7	0,5	0,1	0,3	0,5	1,5	0,5	0,5	0,9
Zug	0,4	1,3	3,2	1,0	1,4	1,5	0,6	1,4	2,2
Freiburg	0,9	3,3	3,8	2,0	3,4	1,7	1,5	3,4	2,2
Solothurn	0,8	3,5	4,5	2,3	3,5	1,5	1,2	3,5	2,9
Basel-Stadt	0,9	2,8	3,0	1,4	2,5	1,9	1,0	2,5	2,6
Basel-Landschaft	0,9	3,8	4,1	2,5	3,8	1,5	1,2	3,8	3,1
Schaffhausen	7,9	1,1	0,1	0,6	1,0	1,6	11,2	1,0	0,1
Appenzell A.-Rh.	0,3	0,8	2,5	0,5	0,8	1,7	0,7	0,8	1,2
Appenzell I.-Rh.	0,1	0,2	1,9	0,2	0,2	1,3	0,6	0,2	0,3
St. Gallen	1,8	6,1	3,3	3,6	6,1	1,7	2,3	6,1	2,7
Graubünden	0,5	2,7	5,5	1,3	2,8	2,1	0,6	2,7	4,5
Aargau	8,1	7,4	0,9	5,1	7,6	1,5	10,9	7,5	0,7
Thurgau	0,8	3,0	3,8	1,6	3,0	1,9	1,2	3,0	2,6
Tessin	8,1	4,1	0,5	19,0	4,2	0,2	9,5	4,1	0,4
Waadt	10,4	7,9	0,8	4,6	7,9	1,7	11,0	7,9	0,7
Wallis	7,8	3,9	0,5	1,8	4,0	2,2	1,4	3,9	2,7
Neuenburg	0,7	2,3	3,5	1,5	2,3	1,6	0,8	2,3	2,7
Genf	11,8	4,5	0,4	18,1	4,5	0,2	10,2	4,5	0,4
Jura	0,3	1,0	3,0	0,6	1,0	1,7	0,5	1,0	2,2

¹ Im Kanton Obwalden fanden 1999 stille Wahlen statt.

Quelle für Angaben zur Grundgesamtheit: BFS

6b* Beteiligungsgewichtung: Verteilung der Befragten in der Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit, nach Wahlbeteiligung

Wahlteilnahme	1995			1999			2003		
	Sample	GG	W _b	Sample	GG	W _b	Sample	GG	W _b
ja	62,1	42,2	0,7	61,6	43,3	0,7	67,8	45,2	0,7
nein	37,9	57,8	1,5	38,4	56,7	1,5	32,2	54,8	1,7

Quelle für Angaben zur Grundgesamtheit: BFS

überrepräsentiert sind. Denn die Motive, an einer Wahl teilzunehmen, sind möglicherweise ähnliche wie diejenigen, an einer Befragung zur Wahl teilzunehmen: Ein junger Mann beispielsweise, der sich nicht im geringsten für Politik interessiert, geht wahrscheinlich weder zur Wahl selbst, noch ist er bereit, sich in einem Interview zur Wahl und anderen politischen Themen befragen zu lassen.

Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung w_b wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind – auch wenn deren Verteilung in der Stichprobe nicht jener in der Grundgesamtheit entspricht. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantons-gewichtung als $w_b = GG_b / \text{Sample}_b$ berechnet (siehe Texttabelle 6b*).

Gewichtung nach Parteientscheid

Wie Texttabelle 6c* zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwählerschaften in den Selects-Daten nicht ganz so gravierend. Hervorstechend ist aber die auch in anderen Befragungen zu beobachtende Überrepräsentation der SP-Wählerschaft. In Ermangelung an Informationen über den Prozess, der zu diesem Phänomen führt, wird hier jedoch wiederum nur angenommen, dass die Parteiwählerschaften, die an den Befragungen teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind, auch wenn sie diese nicht proportional abbilden. Die Parteiengewichtung w_p wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen berechnet als $w_p = GG_p / \text{Sample}_p$.

6c* Parteiengewichtung: Verteilung der Befragten in der Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit, nach effektiver Parteistärke

Wahlanteile Parteien	1995			1999			2003		
	Sample	GG	W _p	Sample	GG	W _p	Sample	GG	W _p
FDP	21,9	20,2	0,9	20,5	19,9	1,0	14,9	17,3	1,2
CVP	12,2	16,8	1,4	13,8	15,9	1,2	13,5	14,4	1,1
SPS	30,8	21,8	0,7	28,3	22,5	0,8	28,9	23,3	0,8
SVP	14,6	14,9	1,0	22,7	22,5	1,0	24,8	26,7	1,1
Grüne	6,0	6,5	1,1	4,5	5,3	1,2	7,5	8,0	1,1
Übrige	14,5	19,8	1,4	10,2	13,9	1,4	10,3	10,3	1,0

Quelle für Angaben zur Grundgesamtheit: BFS

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Publikation präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise gekettet. Für die im Kapitel zur Wahlteilnahme vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_b$ verwendet.

Für die Analysen des Wahlverhaltens und der Wählerprofile wurden die Daten zusätzlich zur Gewichtung nach Kantonen auch nach den effektiven Parteienstärken gewichtet. Die Parteistärken werden dabei wiederum auf der Grundlage des nach Kantonen gewichteten Samples bestimmt. Die Gewichtungskette $w_k \times w_p$ stellt also die Gewichtung nach Kantonen *und* Parteistärken dar. Bei den Berechnungen zur Wählerwanderung wurden die Daten anschliessend an die Gewichtung nach Kantonen und Wahlbeteiligung nach den effektiven Parteienstärken gewichtet, d.h. es wurde die Gewichtungskette $w_k \times w_b \times w_p$ verwendet.

Hinweise zu besonderen Variablen

Die Variable **Sprachregion** ist nach der Hauptsprache in den Kantonen codiert, d.h. alle Interviews in den Kantonen Freiburg und Wallis wurden der französischen Sprachregion zugeordnet, alle Interviews in den Kantonen Bern und Graubünden dem deutschen Sprachraum.

Grundeinheit für die Variable **Partei** sind die Wahllisten, welche den nationalen Parteien zugeordnet werden. Für diese Zuordnung der Wahllisten gilt das Kriterium der offiziellen Zugehörigkeit zu einer Partei. Etwas aufgeweicht wird dieses Kriterium bei den Grünen, zu denen nicht nur die Grüne Partei der Schweiz (GPS) gezählt wird, sondern auch die feministischen und grün-alternativen Listen (FGA), die 1995 und 1999 (noch) nicht Mitglied der GPS waren. Bei der Umfrage von 1999 sind die Fallzahlen für die Grünen nicht bei allen Analysen genügend hoch, um statistisch verlässliche Aussagen machen zu können. Entsprechend mit Vorsicht zu interpretierende Zahlen sind in den Tabellen kursiv gedruckt und mit einer Bemerkung versehen.

Soziale Klasse: Die Konstruktion der Variable «soziale Klasse» basiert auf dem Modell von Erik O. Wright (siehe dazu Kriesi 1998). Aufgrund der individuellen Verfügung über Ressourcen, Produktionsmittel, Bildungs- oder Organisationsressourcen wird dabei zwischen drei groben Klassen unterschieden:

- Alte Mittelklasse: verfügt direkt über Produktionsmittel
- Neue Mittelklasse: hat entweder Bildungs- oder Organisationsressourcen oder beides
- Arbeiterklasse: umfasst qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter/Angestellte ohne spezielle Bildungs- oder Organisationsressourcen

Innerhalb dieser drei Klassen wird aufgrund des ausgeübten Berufs folgendermaßen differenziert:

- Alte Mittelklasse: (1) Bauern, (2) liberale Berufe, (3) andere Selbständige (Handwerk, Detailhandel). In den Grafiken und Tabellen werden die Berufe 2 und 3 unter dem Begriff «Selbständige» zusammengefasst.
- Neue Mittelklasse: (4) Kader, Manager, (5) Vorarbeiter, speziell qualifizierte Arbeiter und Angestellte, (6) technische Spezialisten (z.B. Ingenieure ohne Vorgesetztenfunktion), (7) administrative und kommerzielle Spezialisten (z.B. Juristen in Stabsfunktionen), (8) soziokulturelle Spezialisten (alle Lehrberufe, alle semi-professionellen und professionellen Berufe im Gesundheitswesen, Journalisten, Künstler, Sozialarbeiter). In den Grafiken und Tabellen werden die Berufe 5–7 unter dem Begriff «technische Spezialisten» zusammengefasst.
- Arbeiterklasse: (9) qualifizierte Arbeiter / Angestellte (mit Berufslehre), (10) nicht qualifizierte Arbeiter / Angestellte (ohne Berufslehre).

Bibliographie

Selects-Aufsätze und -Studien (Nationalratswahlen 1995–2003)

Ballmer-Cao, Thanh-Huyen / Sgier, Lea, «Die Wahlbeteiligung in der Schweiz. Eine geschlechtsspezifische Untersuchung anhand der Nationalratswahlen 1995», in Kriesi, Hanspeter / Linder, Wolf / Klöti, Ulrich (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1995*. Swiss electoral studies (Selects), Band 2, Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 101 ff.

Bühlmann, Marc / Nicolet, Sarah / Selb, Peter (Hrsg.), *National Elections in Switzerland*, *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12/2006, Nr. 4 (Sonderheft).

Fargo, Peter, *Wahlen 1995, Zusammensetzung und politische Orientierungen der Wählerschaft an den Eidgenössischen Wahlen*. Swiss electoral studies (Selects), Band 1, Bern/Genf/Zürich 1996.

Hirter, Hans, *Wahlen 1999*, Swiss electoral studies (Selects), Band 4, Bern/Genf/Zürich 2000.

Kriesi, Hanspeter / Linder, Wolf / Klöti, Ulrich (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1995*. Swiss electoral studies (Selects), Band 2, Bern/Stuttgart/Wien 1998.

Kriesi, Hanspeter u.a. (Hrsg.), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich 2005.

Sciarini, Pascal / Hardmeier, Sibylle / Vatter, Adrian (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999*. Swiss electoral studies (Selects), Band 6, Bern/Stuttgart/Wien 2003.

Selb, Peter / Lachat, Romain, *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*. Swiss electoral studies (Selects), Band 8, Zürich 2004.

Studien des Bundesamtes für Statistik (Nationalratswahlen 2003)

Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*, Neuchâtel 2003.

Bundesamt für Statistik, *Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003. Entwicklung seit 1971*, Neuchâtel 2004.

Bundesamt für Statistik, *Nationalratswahlen 2003. Übersicht und Analyse*, Neuchâtel 2007.

Allgemeine Literatur

Falter, Jürgen, W. / Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005.

Kriesi, Hanspeter, «The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture», *European Journal of Political Research*, 33, 1998, S. 165–185.

Ladner, Andreas «Politische Parteien», in Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2006, S. 317–343.

Ladner, Andreas, «Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien», in Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik / Manuel de la politique suisse*, Zürich 1999, S. 213–260.

Lutz, Georg / Selb, Peter, «Die nationalen Wahlen in der Schweiz», in Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2006, S. 424–457.

Wernli, Boris, «Les élections fédérales helvétiques», in Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik / Manuel de la politique suisse*, Zürich 1999, S. 511–555.

Anhang

T1 Nationalratswahlen 1995–2003: Wahlbeteiligung nach sozialen Merkmalen (Anteile in %; soziales Merkmal = je 100%)

	Wahlbeteiligung in %		
	1995	1999	2003
Geschlecht			
männlich	46	51	52
weiblich	39	37	40
1995 N=7565, 1999 N=3254, 2003 N=5873			
Alter			
18–24 Jahre	21	28	33
25–44 Jahre	36	35	35
45–64 Jahre	52	52	52
65 Jahre und älter	60	56	57
1995 N=7559, 1999 N=3253, 2003 N=5873			
Höchster Bildungsabschluss			
obligatorische Schule, Anlehre	39	31	33
Berufslehre	37	39	43
Matur, Fachhochschule, Universität	52	59	56
1995 N=7550, 1999 N=3233, 2003 N=5832			
Monatliches Haushaltseinkommen			
bis 3000 SFr.	39	34	34
3001–5000 SFr.	36	39	41
5001–9000 SFr.	45	44	48
9001 SFr. und mehr	52	59	54
1995 N=6776, 1999 N=2829, 2003 N=5076			
Soziale Klasse			
nicht-qualifizierte Arbeiter	39	30	29
qualifizierte Arbeiter	33	33	39
soziokulturelle Spezialisten	55	51	53
technische Spezialisten	40	45	45
Manager	56	62	57
Selbständige	48	49	50
Bauern	66	57	54
1995 N=6551, 1999 N=2867, 2003 N=5212			
Effektive Wahlbeteiligung	42,2	43,3	45,2

Lesebeispiel: An den Nationalratswahlen von 1995 nahmen 46% der wahlberechtigten Männer und 39% der wahlberechtigten Frauen teil.

Quellen: Selects, BFS

T2 Nationalratswahlen 1995–2003: Wichtigster Grund für die Wahlteilnahme, nach Sprachregion
(Anteil Nennungen in %; Wählende pro Sprachregion = je 100 %)

	Deutschsprachige Schweiz			Französischsprachige Schweiz			Italienischsprachige Schweiz			Schweiz		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Mitbestimmen in der Politik	41	44	43	22	25	30	12	9	14	35	38	39
Tradition, Gewohnheit, Bürgerpflicht	17	12	13	41	42	32	53	57	47	24	21	18
Unterstützung einer Partei, Kandidatur	17	15	15	12	6	9	15	7	11	16	13	13
Politisches Interesse	12	14	11	11	12	12	13	9	7	12	14	11
Unterstützung eines politischen Programms	8	9	9	6	7	6	4	6	7	7	8	9

1995 N=4690, 1999 N=1990, 2003 N=3952

Lesbeispiel: 1995 nannten 17% der Wählenden in der deutschsprachigen Schweiz «Tradition oder Pflichtbewusstsein» als Hauptmotiv für ihre Teilnahme an den Wahlen.

Quelle: Selects

T3 Nationalratswahlen 1995–2003: Wählerwanderungen (Partei = je 100%; siehe Lesebeispiel)

Entscheid bei den je vorherigen Wahlen	Entscheid im jeweiligen Wahljahr (Anteile in %)																				
	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne			Übrige			Nichtwählende		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
FDP	46	57	57	3	2	4	3	1	2	7	10	14	1	0	2	13	3	1	28	27	21
CVP	2	3	2	60	61	65	2	4	3	4	6	6	1	0	1	6	1	1	27	26	22
SPS	3	3	2	1	3	1	48	59	57	4	3	3	3	6	8	6	5	2	35	21	26
SVP	3	2	1	1	2	1	2	1	1	59	67	74	2	0	0	5	4	5	29	24	17
Grüne ¹	2	6	0	1	0	1	22	20	12	1	0	3	42	63	63	5	3	2	27	9	18
Übrige ¹	3	5	4	2	3	4	5	3	9	3	5	7	4	2	4	53	62	46	31	21	26
Keine Wahl- teilnahme	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	3	4	1	0	1	2	1	1	91	90	89
Nicht wahl- berechtigt ¹	4	1	6	4	4	2	5	6	6	3	9	4	2	4	5	2	4	6	79	72	71
1995 N=5593, 1999 N=2463, 2003 N=4643																					

¹ Über die Wählenden der Grünen lassen sich für das Jahr 1999 aufgrund der geringen Stichprobengröße keine gesicherten Aussagen machen.

Lesebeispiel: Von denjenigen Wählenden, die sich 1991 für die FDP entschieden hatten, wählten 1995 46% wieder die FDP, 3% die CVP, 3% die SPS, 7% die SVP, 1% die Grünen und 13% eine der übrigen Parteien; 28% nahmen an den Wahlen 1995 nicht teil.

Quelle: Selects

T4 Nationalratswahlen 1995–2003: Wählerprofile (Anteile in %; soziales Merkmal = je 100%)

	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne			Übrige		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Konfession																		
protestantisch	23	23	21	4	6	4	26	24	25	21	26	32	7	4	8	20	16	11
katholisch	19	16	17	33	32	31	17	19	20	11	20	22	6	5	4	14	9	6
andere	13	19	12	9	2	2	19	20	20	13	17	27	2	5	7	45	37	32
keine	15	17	13	4	7	6	29	30	30	9	18	25	12	13	16	30	14	11
1995 N=4234, 1999 N=1860, 2003 N=3749																		
Höchster Bildungsabschluss																		
obligatorische Schule,																		
Anlehre	16	12	12	29	26	17	14	20	19	16	28	37	2	4	3	22	10	13
Berufslehre	20	19	16	15	18	15	20	18	22	18	28	31	6	3	5	21	15	10
Matur, Fachhochschule,																		
Universität	22	23	21	15	11	13	26	29	27	10	15	18	9	8	12	17	14	10
1995 N=4234, 1999 N=1855, 2003 N=3750																		
Haushaltseinkommen																		
bis 3'000 SFr	17	14	14	21	27	16	22	19	18	19	25	34	5	4	5	17	11	13
3'001–5'000 SFr	17	14	13	17	19	14	21	20	23	15	26	31	8	4	7	22	18	11
5'001–9'000 SFr	18	18	16	15	15	14	23	24	27	16	23	25	7	6	8	21	14	10
über 9'000 SFr	27	29	25	17	11	12	22	28	24	11	15	21	5	6	10	18	10	8
1995 N=3885, 1999 N=1666, 2003 N=3340																		

Lesbeispiel: 1995 wählten 23 % der Protestanten die FDP, 4 % die CVP, 26 % die SPS, 21 % die SVP, 7 % die Grünen und 20 % eine der übrigen Parteien.

T4 Nationalratswahlen 1995–2003: Wählerprofile (Anteile in %; soziales Merkmal = je 100%)

	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne			Übrige		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Soziale Klasse																		
nicht-qualifizierte Arbeiter	17	10	11	27	24	17	17	24	23	12	23	35	1	7	2	26	13	12
qualifizierte Arbeiter	17	16	14	15	18	13	22	21	25	15	25	31	9	5	7	22	16	10
soziokulturelle Spezialisten	15	16	11	13	10	9	40	42	38	7	8	13	11	11	17	14	13	12
technische Spezialisten	21	21	18	16	18	16	21	20	23	17	23	27	6	4	6	19	15	10
Manager	26	23	25	16	14	16	22	26	23	12	16	18	5	5	10	19	16	9
Selbständige	28	28	20	14	12	13	16	16	18	15	26	32	6	6	5	21	12	11
Bauern ¹	5	24	9	30	12	8	0	2	9	48	55	71	12	0	0	5	6	3
1995 N=3698, 1999 N=1667, 2003 N=3361																		
Alter																		
18–24 Jahre	16	11	21	21	17	12	21	26	18	11	28	22	11	9	15	20	10	12
25–44 Jahre	18	18	15	14	14	14	28	24	27	12	22	22	10	8	12	18	14	10
45–64 Jahre	20	23	17	17	16	13	20	23	25	17	21	28	5	4	7	21	14	10
65 Jahre und älter	25	20	20	20	19	17	15	19	18	18	25	30	3	2	4	19	15	11
1995 N=4237, 1999 N=1866, 2003 N=3771																		
Effektive Parteistärke	20,2	19,9	17,3	16,8	15,9	14,4	21,8	22,5	23,3	14,9	22,5	26,7	5,0	5,3	8,0	21,3	13,9	10,3

¹ Aufgrund der geringen Stichprobengrösse sind die Angaben zu den Bauern zurückhaltend zu interpretieren.

Quellen: Selects, BFS

T5 Nationalratswahlen 1995–2003: Parteiprofile (Anteile in %; Partei = je 100%)

	Gewählte Partei																Total			
	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne				1995	1999	2003	
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003					
Konfession																				
protestantisch	48	56	46	9	17	10		50	51	41		59	56	46	43	38	40	45	49	39
katholisch	42	32	37	86	78	83		34	32	33		32	33	33	38	33	20	42	37	39
andere	2	3	4	2	0	1		3	3	4		3	2	5	1	4	5	3	3	5
keine	8	9	13	3	5	7		13	14	22		6	8	16	18	25	35	10	11	17
Total	100	100	100	100	100	100		100	100	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Höchster Bildungsabschluss																				
obligatorische Schule,																				
Anlehre	11	7	8	23	19	13		9	11	9		14	15	15	3	10	5	12	12	11
Berufslehre	48	48	46	43	54	53		46	39	47		60	60	59	45	30	35	49	49	50
Matur, Fachhochschule,																				
Universität	41	45	46	34	26	34		45	51	44		26	25	26	52	60	61	39	39	39
Total	100	100	100	100	100	100		100	100	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Haushaltseinkommen																				
bis 3'000 SFr	10	7	7	15	16	11		12	8	7		15	10	12	9	8	5	12	10	9
3'001–5'000 SFr	20	20	15	24	31	22		22	22	20		24	31	25	30	19	19	23	25	21
5'001–9'000 SFr	40	39	39	40	37	44		46	43	47		46	44	41	47	47	43	44	42	43
über 9'000 SFr	29	34	39	21	16	23		20	27	26		15	15	21	14	26	32	21	23	27
Total	100	100	100	100	100	100		100	100	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100

Anmerkung: Die Zahl der Befragten (N) entspricht für die einzelnen Variablen jenen in Tabelle T4.

Lesebeispiel: 1995 waren 48% der Wählenden der FDP protestantisch, 42% katholisch, 2% hatten eine andere Religion und 8% waren konfessionslos.

T5 Nationalratswahlen 1995–2003: Parteiprofile (Anteile in %; Partei = je 100%)

	Gewählte Partei														Total		
	FDP				CVP				SPS				SVP				Total
	1995	1999	2003		1995	1999	2003		1995	1999	2003		1995	1999	2003		
Soziale Klasse																	
nicht-qualifizierte Arbeiter	7	3	4	15	11	8	7	8	6	7	9	1	8	2	8	7	7
qualifizierte Arbeiter	21	17	18	24	24	22	26	19	24	27	24	32	20	20	25	21	23
soziokulturelle Spezialisten	8	8	7	9	6	7	20	18	18	5	4	19	21	24	12	10	12
technische Spezialisten	21	26	23	20	27	25	19	21	21	24	25	17	17	18	20	24	22
Manager	23	23	31	17	18	25	18	24	21	15	16	14	19	27	18	21	22
Selbständige	19	20	16	12	11	12	10	10	10	15	17	13	15	9	14	14	13
Bauern ¹	1	3	1	4	2	1	0	0	1	7	7	4	0	0	2	3	2
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Geschlecht																	
männlich	51	54	53	47	46	49	47	51	46	55	61	45	43	43	49	53	50
weiblich	49	46	47	53	54	51	53	49	54	45	39	55	57	57	51	47	50
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Alter																	
18–24 Jahre	4	3	6	7	5	4	5	6	4	4	6	10	8	9	5	5	5
25–44 Jahre	35	32	25	33	31	29	49	38	35	31	35	56	54	44	40	36	30
45–64 Jahre	35	41	38	35	36	35	31	36	42	39	34	24	29	35	34	36	39
65 Jahre und älter	26	24	31	25	28	32	15	20	20	26	26	10	8	12	21	23	26
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹ Aufgrund der geringen Stichprobengrösse sind die Angaben zu den Bauern zurückhaltend zu interpretieren.

Anmerkung: Die Zahl der Befragten (N) entspricht für die einzelnen Variablen jenen in Tabelle T4.

Quelle: Selects

**T6 Nationalratswahlen 1995–2003: Die wichtigsten politischen Probleme, nach Parteientscheid
(Anteil Nennungen in %; Wählende pro Partei = je 100%)**

	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne			Total		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Einwanderung und Integration	7	36	17	8	37	18	4	22	11	16	51	35	3	19	12	8	33	20
Soziale Sicherheit	2	8	19	4	9	20	8	11	28	3	3	14	5	14	20	5	8	20
Gesundheitspolitik	3	6	14	3	9	22	3	5	15	4	7	16	7	4	13	3	6	16
Arbeitsmarkt und Wirtschaft	34	14	18	31	14	17	38	26	21	21	9	10	16	11	19	31	17	17
Steuern und Finanzen	19	7	10	16	8	6	11	5	5	19	11	13	7	11	6	16	8	8
Europäische Integration	19	18	6	17	16	1	17	17	5	19	9	1	15	9	3	17	15	3
Politisches System, Parteien, Politiker	1	0	5	2	1	6	1	2	4	0	1	2	2	0	4	2	1	4
Umwelt	8	3	1	9	2	1	10	1	4	8	1	1	38	15	14	10	2	3
Sicherheit und Ordnung	0	0	3	2	0	1	1	1	1	1	2	3	0	0	0	1	1	2
1995 N=4532, 1999 N=1963, 2003 N=3532																		

Lesebeispiel: 1995 wurde Einwanderung und Integration von 7% der Wählenden der FDP als wichtigstes politisches Problem der Schweiz bezeichnet.

Quelle: Selects

**T7 Nationalratswahlen 1995–2003: Die wichtigsten politischen Probleme, nach Sprachregion
(Anteil Nennungen in %; Wählende pro Sprachregion = je 100%)**

	Deutschsprachige Schweiz			Französischsprachige Schweiz			Italienischsprachige Schweiz			Schweiz		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Einwanderung und Integration	10	38	21	2	18	15	7	26	12	8	33	20
soziale Sicherheit	4	7	19	8	12	25	4	9	20	5	8	20
Gesundheitspolitik	4	6	16	2	7	15	3	9	19	3	6	16
Arbeitsmarkt und Wirtschaft	24	14	17	54	27	14	53	31	22	31	17	17
Steuern und Finanzen	18	9	10	11	6	4	7	1	4	16	8	8
Europäische Integration	18	13	3	13	19	5	13	15	5	17	15	3
Politisches System, Parteien, Politiker	2	1	3	1	1	6	2	2	5	2	1	4
Umwelt	12	3	4	2	0	1	4	1	2	10	2	3
Sicherheit und Ordnung	1	1	1	0	0	4	1	1	2	1	1	2
1995 N=4532, 1999 N=1963, 2003 N=3532												

Lesbeispiel: 1995 wurde Einwanderung und Integration von 10% der Wählenden in der Deutschschweiz als wichtigstes politisches Problem der Schweiz bezeichnet.

Quelle: Selects

T8 Nationalratswahlen 1995–2003: Zustimmung zu ausgewählten politischen Forderungen, nach Parteientscheid
(Anteil volle oder teilweise Zustimmung in %; Wählende pro Partei = je 100%)

	FDP			CVP			SPS			SVP			Grüne		
	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003	1995	1999	2003
Für die EU-Mitgliedschaft der Schweiz	59	66	52	49	61	39	75	85	71	13	20	12	69	82	66
Für Chancengleichheit für Ausländer	45	42	51	45	38	54	70	68	76	34	25	34	83	74	81
Für die Erhöhung der Steuern auf hohen Einkommen	47	45	46	60	75	63	81	83	82	58	54	61	76	77	85
Für die Atomenergie	51	41	56	42	33	38	20	14	19	46	40	57	7	7	7
1995 N=4186 bis 4210, 1999 N=1821 bis 1835, 2003 N= 3577 bis 3651, je nach Frage und Partei															

Lesbeispiel: 1995 stiess die politische Forderung einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz bei 59% der Wählenden der FDP auf volle oder teilweise Zustimmung.

Quelle: Selects

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel

Individuelle Auskünfte

Das BFS im Internet

Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse

Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette/CD-Rom)

Online-Datenbank

Kontakt

032 713 60 11

info@bfs.admin.ch

www.statistik.admin.ch

www.news-stat.admin.ch

032 713 60 60

order@bfs.admin.ch

032 713 60 86

www.statweb.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz.

Politik

Nationalratswahlen 2003. Übersicht und Analyse. Neuchâtel 2007, Bestell-Nr. 016-0305.

Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003. Entwicklung seit 1971. Neuchâtel 2004, Bestell-Nr. 016-0302.

Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteilandschaft seit 1971. Neuchâtel 2003, Bestell-Nr. 016-0301.

Nationalratswahlen 1999. Übersicht und Analyse. Neuchâtel 2002, Bestell-Nr. 016-9904.

Ladner Andreas: Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971–2003. Hrsg. BFS, Neuchâtel 2003, Bestell-Nr. 589-0300.

Armington Klaus: Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971–1999. Hrsg. BFS, Neuchâtel 2003, Bestell-Nr. 586-9900.

Burger Rudolf: Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999. Hrsg. BFS, Neuchâtel 2001, Bestell-Nr. 016-9903.

Die Exekutiven und Legislativen der Schweizer Städte. Parteien- und geschlechtsspezifische Analyse (1983–2005). Neuchâtel 2006, Bestell-Nr. 751-0500.

Politischer Atlas der Schweiz. Daten und Karten zu den Nationalratswahlen 1919–2003 und den eidgenössischen Volksabstimmungen 1866–2004. CD-ROM. Neuchâtel 2004, Bestell-Nr. 656-0400-01.

Die eidgenössischen Volksabstimmungen 2000. Neuchâtel 2004, Bestell-Nr. 200-0000.

Bei den Nationalratswahlen 2003 setzte sich der Trend zur Polarisierung der schweizerischen Parteienlandschaft fort: Grosse Gewinner waren einerseits die SVP und andererseits die Grünen sowie, weniger deutlich, die SPS. Weiterhin auf der Verliererseite waren die beiden bürgerlichen Parteien FDP und CVP.

Was hat sich bei diesem Trend auf der «subjektiven» Seite des Wandels der Parteienlandschaft verändert? Die vorliegende Studie versucht, diese Frage anhand der Befragungsdaten der Schweizer Wahlstudie «SELECTS» (Swiss electoral studies) zu beantworten: Neben der Frage der Wahlbeteiligung (wer ging wählen und aus welchen Motiven?) interessiert vor allem die Frage nach den sozialen Merkmalen und den politischen Einstellungen der Wählenden. Diese werden mit den Umfragedaten zu den Nationalratswahlen 2003 beantwortet, wobei sich der Blick immer auch auf die Umfragedaten der Wahlen von 1995 und 1999 richtet. Damit werden Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien wie auch Veränderungen der politischen Orientierungsmuster sichtbar.

Bestellnummer

016-0303

Bestellungen

Tel.: 032 713 60 60

Fax: 032 713 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 6.– (exkl. MWST)

ISBN 978-3-303-17032-8